

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

16.5.1930 (No. 114)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Telefon Nr. 653
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amenb,
Karlsruhe

Zeugungspreis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 24 RM, halbjährig 12 RM. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Größere und weiter frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kostenersatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Verleumdung im öffentlichen Interesse, Unterbrechung der Druckerei oder in anderen unvorhergesehenen Fällen ist die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erschienen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr erhoben. — Unterlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Die Neckarkanalisation

Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins

In Stuttgart fand unter dem Vorsitz von Geh. Rat Dr. Brudmann (Heilbronn) im großen Sitzungssaal des Rathauses bei großer Beteiligung aus Württemberg und Baden die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Südwestdeutschen Kanalvereins statt.

Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen: Von den zu Beginn des Jahres 1929 im Bau befindlichen Neckarkanalstufen konnten fertiggestellt und dem Betrieb übergeben werden: Oberstufen im Mai 1929, und Heidelberg sowie Horkheim im Juli 1929. Von den umfangreichen Bauarbeiten an den Stufen Gannstatt und Künster wurden die dortige Redarverlegung, das neue Wasserwehr, das Kraftwerk, sowie zwei große Straßenbrücken über den neuen Redar in der Hauptstraße fertiggestellt. Die gesamten Anlagen werden noch im Sommer d. J. dem Betrieb übergeben. Auch die beiden Neckarstufen an Heidelberg und Künster wurden in diesem Jahr in Betrieb genommen. Dank der Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, mit dem bekanntlich ein Energieabnahmevertrag besteht, ist es der Redar-AG gelungen, in den letzten Tagen eine Auslandsanleihe über 7 Millionen Mark. Guldin unter günstigen Bedingungen abzuschließen. Diese Mittel sind teilweise bestimmt für die Fertigstellung der Kraftwerke an den beiden im Bau befindlichen Stufen Neckarstufen und Redarstufen. Mit dem verbleibenden Betrag und dem vertragsmäßigen Darlehen von Reich und Ländern sind auch die Mittel vorhanden für den Bau weiterer Stufen oberhalb Heidelberg, Hirsborn und Nockan. Auch die Mittel für den Ausbau der drei letzten Stufen Neckargerach, Hochhausen und Gundelsheim können beschafft werden. Damit eröffnet sich die erfreuliche Aussicht, daß bis Heilbronn nicht nur keine Verzögerung im Fortgang der Bauarbeiten mehr zu befürchten ist, sondern daß sogar mit einer Vervollständigung der gesamten Strecke schon bis zum Ende des Jahres 1935 gerechnet werden kann.

Die Aufgaben des Südwestdeutschen Kanalvereins haben sich aber nie allein in der Förderung erschöpft, den Redar von Mannheim bis Biedingen zur Großschiffahrtsstraße auszubauen. Das Ziel ist Eingliederung dieses Teilstückes in die großen süddeutschen-schweizerischen Binnenschiffahrtspläne, d. h. Verbindung des Rheins über den Redar zur Donau, Anschluß der Donau zum Bodensee und Oberrhein, sowie Förderung der Bestrebungen des Verbands obere Donau zum Rhein, sowie Förderung der Bestrebungen zu einer leistungsfähigen Großschiffahrtsstraße. Für dieses Wasserstraßengesetz sind die Projektierungsarbeiten im großen und ganzen heute beendet, bis auf die Hafen- und Anschlußfrage der erwähnten Strecken im Raum der Städte Ulm-Neu-Ulm. Damit haben die technischen Projektierungsarbeiten bis auf weiteres ihren Abschluß gefunden.

In einer Entschließung wurde mit Genugtuung von dem programmatischen Arbeitsverlauf am Neckaranal und den erfolgreichen Anleiheverhandlungen Kenntnis genommen.

Mitteleuropäischer Binnenschiffahrtstag

Zur Tagung des Mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsverbandes, deren Vorsitz der württembergische Staatspräsident Dr. Voß übernommen hat, haben sich rund 500 Vertreter der Binnenschiffahrt, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung aus den Verbandsstaaten wie aus den befreundeten Nachbarstaaten eingefunden, darunter die Vertreter der Reichs- und Landesregierungen. Das erste Thema, das nach den Begrüßungsansprachen zur Erörterung stand, galt der Geschichte und Zukunft der Binnenschiffahrt auf dem Gebiet des Rheins. Als erster Referent sprach Geh. Legationsrat Prof. Dr. Bopp (Wien).

Der Verband ist hervorgegangen aus dem 1896 gegründeten Deutsch-Osterreich-Ungarisch-Schweizerischen Verband für Binnenschiffahrt, der in der Vorkriegszeit eine außerordentliche Tätigkeit für die Förderung der mitteleuropäischen Verkehrsverhältnisse entfaltet hatte. Auf Grund einer Umfrage im Jahre 1925 wurde der Verband wieder neu ins Leben gerufen. Damals ergab eine Umfrage des Verwaltungsrats beim Zentralverein der deutschen Binnenschiffahrt, daß das Interesse an den Arbeiten des Verbandes in den Verbandsstaaten, auch in denen, die durch den Krieg ihre führende Stellung in der Binnenschiffahrt verloren haben, nicht erloschen war. Als neuer Verbandsstaat kam in der Zwischenzeit die Tschechoslowakei hinzu.

Der Stimm der Entwicklung mitteleuropäischer Verkehrs drängt nach Osten, und so ist es nicht verwunderlich, daß der Mitteleuropäische Binnenschiffahrtsverband als ersten und Hauptpunkt seines Programms die Förderung der Binnenschiffahrtsverbindung von Westen nach Osten, vom Rhein nach der Donau so dringlich bearbeitet, d. h. also die Fertigstellung der seit der Nachkriegszeit im Bau befindlichen Schiffbauarbeiten von Redar und Main für 1200-Tonnen-Schiffe nachhaltig unterstützt. Natürlich gehört zum Aufgabenbereich des Verbandes auch die Leistungssteigerung und der Ausbau der bestehenden und bewährten Schiffahrtswege, insbesondere aber auch die Wahrnehmung der Binnenschiffahrtsbelange der Reichsbahn gegenüber.

Der Gesetzentwurf über die Aufwertungssteuern. Der Entwurf eines Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungssteuern ist vom Reichsministerium verabschiedet und dem Reichsrat unter dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet worden. Der Entwurf wird im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Letzte Nachrichten

Räumung und Saarfrage

Unterredung Curtius-Briand

BR. Paris, 16. Mai (Tel.) Die gestrige Aussprache zwischen den Außenministern Curtius und Briand in Genf bezog sich auf technische Fragen, die mit der bevorstehenden Rheinlandräumung zusammenhängen. Über die Flughafenanlagen, deren Zerstörung von einigen französischen Befehlshabern mit dem formalen Hinweis auf Bestimmungen des Versailler Vertrages gefordert wird, sollen die Verhandlungen in Paris zwischen Votischer von Goesch und der französischen Regierung weitergeführt werden. Auch über die Saarfrage wurde gesprochen.

„Petit Parisien“ meldet dazu: Daß wieder von der Rheinlandräumung die Rede gewesen ist, braucht niemand zu überraschen. Der Zeitpunkt ist ja seit langem festgelegt. Er kann nicht wieder in Frage gestellt werden. Es handelt sich nur noch um die Modalitäten der Ausführung. In dieser Hinsicht sind sämtliche Maßnahmen getroffen worden, damit die letzten Truppen des Rheinlands am dem gewünschten Tage verlassen haben. Briand hat Dr. Curtius, der selbst nicht ungehalten sein wird, wenn zufälligerweise hier und da Nachzügler vorhanden sein sollten, zweifellos hierfür die Versicherung gegeben.

Ebenso wird man sich nicht darüber wundern können, daß Dr. Curtius den Wunsch geäußert hat, die Regelung der Saarfrage möglichst beschleunigt zu sehen, damit, daß sie vor der Völkerversammlung vom September beendet ist. Selbstverständlich hat Briand Dr. Curtius in diesem Punkte keine gleiche Versicherung geben können. Es ist Sache der Deutschen, die der fordernde Teil sind, den französischen Delegierten hinsichtlich vorteilhafter Vorschläge zu machen, die uns veranlassen könnten, unterzüglich ein Hand aufzugeben, das wir auf Grund des Friedensvertrages bis zum Jahre 1935 behalten können. Hier handelt es sich um eine prinzipielle Frage, über die Briand nicht mit uns verhandeln lassen konnte, und er hat auch tatsächlich seine Ablehnung entschlossen eingehalten. Würgens will der Sonderberichterstatter des „Matin“ von ziemlich befriedigenden Nachrichten über die Saarverhandlungen berichten können, die in Genf eingetroffen seien.

Verjüngung und Ruhegehalt

Aus dem Haushaltsauschuß des Reichstags

BR. Berlin, 16. Mai (Tel.) Der Haushaltsauschuß des Reichstages behandelte heute den Etat für Verjüngung und Ruhegehalt.

Abg. Laverenz (D. Natl.) führte aus, der Haushalt weist gegenüber dem Vorjahr einen Minderansatz von 17,1 Millionen auf. Praktisch fällt das kaum ins Gewicht, da das noch nicht 1 Proz. bedeutet. Eine Übertragung liegt nicht darin. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben den Beweis erbracht, daß, obwohl der Krieg nun schon seit 12 Jahren beendet ist, die Gesamtkosten für die Verjüngung der Kriegsoffer in absehbarer Zeit keine wesentlichen Verringerungen erfahren werden. Gegenwärtig rechnet man mit 840 000 Verjüngungsberechtigten. Während des Jahres 1928 bis 1929 betrug der Zugang 46 302 Beschädigte. Dieses starke Anwachsen hatte seine besondere Ursache, die darin bestand, daß die früher abgeforderten Beschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Proz. auch ohne nachweisbare Verschlimmerung ihres Leidens wieder eine Rente erhalten können, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit jetzt 25 Proz. beträgt. Die Folge dieser Bestimmung war, daß von dem seinerzeit abgefundenen 500 000 Beschädigten allein 121 148 derartige Anträge gestellt wurden, von denen voraussichtlich 23 500 wieder zu Rentenbezug führen werden. Bei den Spruchbehörden der Reichsregierung liegen 108 292, beim Reichsverwaltungsgericht 35 881 unerledigte Sachen vor.

Bei den Verjüngungsgebühren für die neue Wehrmacht ist seit 1926 eine Zunahme von 66 Proz. festzustellen. Die Hauptursachen liegen in der Zunahme der Pensionäre, in der Hauptzahl bei den Offizieren, die bereits nach 20jähriger Dienstzeit auscheiden mußten, und zwar im besten Mannesalter, d. h. Ende der 40er oder Anfang der 50er Jahre.

Abg. Lude (Wpl.) war als Mitherrichterhatter der Meinung, daß für die Reichswehrangehörigen, die nach 12 Jahren Dienstdauer die Reichswehr verlassen müssen und deshalb noch im besten Mannesalter stehen, mehr gesorgt werden müsse.

Der Reichsanteil am Reingewinn der Reichsbank

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit einer Änderung des Bankgesetzes, durch die die Verteilung des Reingewinnes der Reichsbank zwischen dem Reservefonds, dem Reich und den Anteilseignern neu geregelt wird. Bisher erhielten bei einem Grundkapital von 122,8 Millionen Reichsmark, zum Beispiel bei einem Reingewinn der Reichsbank von 70 Millionen dem Reservefonds 14 Millionen, das Reich 23,1 Millionen und die Anteilseigner 32,9 Millionen. Nach dem neuen Schema wird der Anteil des Reservefonds auf 7, der Anteil des Reiches auf 42,2 Millionen erhöht und der Anteil der Anteilseigner auf 20,8 Millionen vergrößert (bei Erhöhung des Grundkapitals auf 153,5 Millionen). Für die Verfüzung der Rechte der Anteilseigner sollen diese durch ein Gratisbezugsrecht auf Golddiskontobankaktien und eines neuen Reichsbankanteils entschädigt werden.

Die Pariser Postbeamten und Angestellten Moskauer Richtung beschloßen die sofortige Bildung von Kampfkomitees zur Durchsetzung ihrer Lohn- und Gehaltsforderungen und zur schnellsten Vorbereitung eines 24stündigen Generalstreiks.

Wirtschaftliche Umschau

Die österreichisch-ungarischen Vorkriegsanleihen — Rationalisierung in der Waggonindustrie — Zusammenfassung der Uhrenindustrie

Seit Ende März tagt in Paris mit Rausen die Konferenz zur endgültigen Regelung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden, die zunächst in Unterabschnitten die verschiedenen komplizierten Fragen behandelte. Das Ergebnis, an dem gerade Deutschland wegen des großen Besitzes an derartigen Papieren sehr interessiert ist, ist bisher durchaus unbefriedigend. U. a. würde für die Papierrenten — nach den bisher abgelehnten Vorschlägen der Gläubiger — kaum ein höherer Barwert als 3 Proz. herauskommen. Besonders bedenklich ist es, daß man deutsche Vorkriegsschulden österreichisch-ungarischer Schatzanweisungen durch eine längere Tilgungsdauer noch ungünstiger stellen will als andere Auslandsgläubiger. Nachdem am letzten Samstag die Vollkonferenz sich mit dem Ausschlußbeschlüssen beschäftigt hat, sollen bis zur kommenden Woche die Nachfolgestaaten, von denen sich besonders Ungarn und Rumänien als zahlungsunwillig gebärden, ihre Angebote aufs neue präzisieren. Zum Teil ist das unbefriedigende Ergebnis auf die nicht immer einheitliche Haltung der Gläubigerländer zurückzuführen, wenn auch in letzter Zeit aus England und Frankreich recht eindringliche Mahnungen an die Schuldner kamen. So führte das bekannte englische Finanzblatt „Financial Times“ aus, daß die Nachfolgestaaten der alten Monarchie, deren wirtschaftlichen Lage in den letzten Jahren sich wesentlich gebessert habe, ihren Bemühungen, neue Auslandskredite zu bekommen (das gilt gegenwärtig für Serbien und Ungarn), durch nichts besser Nachdruck verleihen könnten, als wenn sie sich zu einer fairen Regelung der Vorkriegsschulden verstehen würden. Der Pariser „Temps“ brachte im Zusammenhang damit dieser Tage sogar eine an die französischen Zeichner gerichtete Warnung vor dem Kauf ausländischer Anleihen. Die „Frankf. Ztg.“ verlangt von den Vertretern der deutschen Schutzvereine, daß sie es gegebenenfalls lieber zu einem Abbruch der Verhandlungen kommen lassen sollen als zu einer Annahme der jetzt zur Debatte stehenden außerordentlich ungünstigen Vorschläge.

In der deutschen Waggonindustrie ist unter Mitwirkung der Reichsbahn eine nahezu reiflose Kartellierung von 29 Firmen zustande gekommen, und es ist weiterhin mit Zusammenschlüssen und Stilllegungen zu rechnen. 13 dieser Firmen haben sich zu drei großen Konzernen zusammengefunden: Westwaggon (Ber. Westdeutsche Waggonfabriken AG, in Köln), Ostwaggon (Vintke-Hoffmann-Busch-Werke, Berlin und Breslau), und der mitteldeutsche Konzern (Drenstein & Koppel AG.). Die drei Konzerne haben zusammen bereits heute eine Reichsbahnquote von rund 56 Proz., d. h. die absolute Majorität im Kartell.

Am weitesten fortgeschritten ist die Klärung im westlichen Deutschland, wo nun Westwaggon gegen Hergabe seines nur 25 Proz. betragenden Besitzes an Schöndorff-Aktien und gegen eine Barzahlung die Majorität der Heidelberger Waggonfabrik Fuchs von Ostwaggon übernahm. Ostwaggon wird ferner sein Werk in Köln, Gerbrandt und Westwaggon sein Düsseldorf-Werk Weyher stilllegen. Das Heidelberger Werk soll vorerst als selbständiges Unternehmen in der bisherigen Form weitergeführt werden, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Mainzer Werk von Westwaggon (Gebr. Gastell). Die Rationalisierung innerhalb dieser beiden Werke ist derart gedacht, daß sie, je nach ihren Einrichtungen, bestimmte Teile herstellen sollen. Der Westdeutsche Waggonkonzern ist zunächst aus drei Betrieben entstanden (Van der Zypen & Charlier G. m. b. H., Köln-Deutz, Düsseldorf-Eisenbahnbedarf AG., vorm. Carl Weyher & Co., und Killing & Sohn in Hagen). Dazu kamen (am 1. Juli 1928) Gastell in Mainz und nun Fuchs in Heidelberg.

Fuchs in Heidelberg war bekanntlich seinerzeit von Gebr. Schöndorff in Düsseldorf unter erheblichen Opfern saniert worden und gelangte mit Schöndorff, dessen Aktienmajorität von Ostwaggon übernommen worden war, an diesen Konzern. Ostwaggon hat sich nun mit Westwaggon auf ein Produktionsabkommen geeinigt, das die Gebiete westlich des Rheins an Ostwaggon abtritt, außerdem aber auch Fuchs in Heidelberg. Dabei sei daran erinnert, daß Westwaggon seinerzeit seine 25prozentige Sperrminorität bei Schöndorff dazu benützte, die ge-

plante Fusion mit Fuchs zu verhindern. Westwaggon, der zur Zeit rund 4000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, verteilte im Vorjahr eine Dividende von 7 Proz. Es verfügte bisher über eine Reichsbahnquote von 16,93 Proz., wozu nun noch Heidelberg (800 Arbeiter) mit 3,39 Proz. kommt.

In Mittelldeutschland hat der dritte große Konzern, Drenstein & Koppel, nun die Majoritäten der Dessauer und der Gothaer Waggonfabrik übernommen, auf welche letztere ein beträchtlicher Teil der thüringischen Landesquote entfällt. Es hat sich somit die Erwartung, daß dort die Führung auf Ostwaggon entfallen werde, nicht verwirklicht.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß internationale Verhandlungen über die Bildung eines kontinentalen Waggonkartells vor dem Abschluß stehen sollen. Es handelt sich hier um ein zunächst einjähriges Abkommen ab 1. Juni, in dem die Exportquoten der einzelnen Länder wie folgt festgesetzt werden sollen: Belgien 34,6 Proz., Deutschland 28,8, Frankreich 13,9, Italien 10,5, Tschechoslowakei 6,9, Ungarn 2,4, Österreich 2,2 und Schweiz 0,7 Proz. Die deutsche Waggonindustrie hat bekanntlich im Ausland bisher mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und viele Geschäfte ohne Gewinn oder gar als Verlustgeschäfte tätigen müssen. Das Abkommen soll die Exportkonkurrenz, unter der auch andere Länder leiden, in gesündere Bahnen lenken. Belgien, das die stärkste Quote erhalten soll, hat eine besonders starke, in erster Linie auf Ausfuhr angewiesene Waggonindustrie.

In der deutschen Uhrenindustrie ist eine große Zusammenfassung so gut wie vollzogen. Die Firma Junghans in Schramberg, die bereits alle Aktien der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik in Schramberg und 98 Proz. der Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken (Schleien) besitzt, wird die drei bereits durch Interessengemeinschaft verbundenen Betriebe kaufmännisch vereinigen, und die Vollfusion soll nun rückwirkend zum 1. Juli 1929 beschlossen werden. Die beiden Firmen sollen in der Junghans AG. aufgehen. Die verschiedenen Fabrikate werden, wo es zweckmäßig erscheint, jedoch auch weiter unter ihren jetzigen Bezeichnungen vertrieben. Der Zusammenschluß soll sowohl steuerliche Vorteile wie eine Verminderung der Inkosten bringen. Auch die weiteren Zusammenschlußbestrebungen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie dauern an, und es sind seit langem darüber Verhandlungen zwischen der Junghans-Gruppe, dem Kienle-Konzern und Mauthe im Gang. Weiter ist man bemüht, überhaupt in der europäischen Uhrenindustrie zu einer Verständigung und zu engerer Zusammenarbeit zu gelangen, sobald man innerhalb der deutschen Industrie zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Die Absatzverhältnisse in der Uhrenindustrie werden als schlecht bezeichnet, und bei Junghans kommt auch in diesem Jahr eine Wiederaufnahme der Dividendenzahlung nicht in Frage. Der Zentralverband der deutschen Uhrmacher hat sich mit einer einheitlichen Preisfestsetzung der Hauptstandardtypen einverstanden und für eine Arbeitsgemeinschaft mit der Industrie und dem Großhandel erklärt.

Dem städtischen Gesundheitsamt in Stuttgart sind insgesamt 76 Trichinosefälle bekannt geworden. Von den 68 Stuttgarter Fällen verliefen 9 tödlich (drei weitere Todesfälle kamen unter den auswärtigen Trichinoseerkrankungen vor). Am 14. Mai befanden sich zwei auf dem Weg der Besserung; sechs sind immer noch als „kranke“ zu bezeichnen. Direkte Lebensgefahr besteht bei keinem dieser Kranken mehr.

Die Berliner Staatsanwaltschaft läßt heute, Freitag, den der Korruption beschuldigten Stadtrat Busch durch Universitätsprofessor Dr. Kaspar unterfragen, um festzustellen, bis zu welchem Grade dessen Verhandlungsfähigkeit geht, und welche Schädigung sich voraussehen läßt, wenn irgend notwendige Maßnahmen getroffen werden sollten.

Innerhalb von 12 Stunden starben in New York 5 Personen nach dem Genuß von Methyloalkohol, so daß sich das städtische Gesundheitsamt veranlaßt sah, eine Warnung vor dem Trinken im Schleichhandel gekauften Alkohols auszugeben.

Bruchfaler Historische Schloßkonzerte. Den orchestralen Teil der diesjährigen Schloßkonzerte wird wiederum eine Abteilung des Badischen Landesorchesters unter persönlicher Leitung des Generalmusikdirektors Josef Krups bestreiten. Als Solofoliant ist auch in diesem Jahre Frau Mia Krups benannt, die ja bekanntlich für Aufgaben dieser Art die denkbar glänzendsten Bedingungen mitbringt. Die Künstlerin ist übrigens auch zur Mitwirkung an der von Furtwängler geleiteten Berliner Festspielwoche berufen worden. Als Termine der diesjährigen Bruchfaler Schloßkonzerte wurden endgültig der 23., 24. und 25. Juni festgesetzt.

Errichtung einer Gedächtniskapelle für Erzberger. An der Stelle, an der Erzberger erschossen worden ist, steht heute ein Kreuz. Außerdem soll aber in Griesbach (Rhenthal) selbst eine Gedächtniskapelle errichtet werden. Die Kommission zur Errichtung dieser Gedächtniskapelle trat in Karlsruhe und im Fraktionszimmer des Zentrums im Reichstage zu einer Sitzung zusammen. Der Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Sammlung wurde entgegengenommen. Danach sind schon beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt worden, sie reichen aber bei weitem nicht aus, um ein würdiges Gotteshaus zu errichten. Infolgedessen bittet die Kommission die maßgebenden Parteiorganisationen, die Sammlung lebhaft fortzusetzen. Gleichzeitig lag eine Reihe von Entwürfen vor. Es wird ein Ausschuß gebildet werden, der die Schlussumwahl zu treffen haben wird.

„Spektroskopie und Molekülbau“ ist das Hauptverhandlungsthema der 35. Hauptversammlung der Deutschen Bunsen-Gesellschaft, die bekanntlich vom 28. Mai bis 1. Juni in Heidelberg stattfindet. Da seit einer Reihe von Jahren die Erforschung der Materie, insbesondere der innere Aufbau der Moleküle im Vordergrund wissenschaftlicher Forschung steht, aber auch in den Kreisen der Techniker und der gebildeten Laien, mit Interesse verfolgt wird, ist anzunehmen, daß die Tagung in Heidelberg einen außerordentlich starken Besuch aufzuweisen haben wird.

Verabschiedung der Osthilfe im Reichskabinett

Eine halbe Milliarde für fünf Jahre sichergestellt. Im Reichskabinett sind am Donnerstagabend zwei Gesetze beschlossen worden, und zwar das Hauptgesetz für die Osthilfe und das Gesetz über die Ablösungsbank. Damit hat man sich weitgehend an die Vorschläge des Reichsinnenministeriums gehalten und den ursprünglichen Plan fallen lassen, ein Rahmengesetz mit einer Reihe von Untergesetzen zu schaffen.

Das Hauptgesetz für die Osthilfe enthält in etwa mehr als 40 Paragraphen die notwendigen gesetzgeberischen Einzelheiten. Für dieses Jahr sind 116 Millionen bereitgestellt, die auch im Etat zum Ausdruck kommen. Darüber hinaus ist das Programm für fünf Jahre festgelegt worden. Auch für diese Zeit sind bereits die finanziellen Mittel bestimmt, und zwar für jedes Jahr 101 Millionen, wovon 50 Millionen aus der Verzinsung der Industrieobligationen zu decken sind. Die Vorschläge, die der Reichsverband der Deutschen Industrie bekannt gegeben hat, werden voraussichtlich erst später in einem Sondergesetz berücksichtigt werden, nachdem in Verhandlungen mit der Industrie noch weitere Klärung herbeigeführt sein wird. In der halben Milliarde, die durch das Hauptgesetz für die Osthilfe sichergestellt wird, ist die Bürgschaftsübernahme für Hypotheken und andere Verbindlichkeiten noch nicht einbezogen.

Es ist eine Reichsbürgschaft von insgesamt 550 Millionen Reichsmark vorgesehen. Preußen soll sich mit einer gleich hohen Bürgschaft beteiligen.

Für die Umwandlung wird durch das zweite Gesetz also eine neue Bank geschaffen. Daran ist von besonderem Interesse, daß nun auch die Mitwirkung der Preußenklasse sichergestellt ist. Die Höhe ihrer Beteiligung wird noch Gegenstand weiterer Verhandlungen sein.

Das Reichskabinett hält heute noch eine Sitzung ab, um die Gesetzentwürfe noch einmal redaktionell zu überarbeiten. Die Frage, ob ein Ostkommissar ernannt werden soll, ist noch nicht entschieden. Die Ernennung steht als Kanntwortschrist im Hauptgesetz und wird erst in den Ausführungsbestimmungen geregelt werden.

BRN. Berlin, 16. Mai. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag zusammengetreten, um die beiden Gesetze über die Osthilfe redaktionell zu überarbeiten.

Aus dem Reichstag

Vor der zweiten Lesung des Etats — Kleine Vorlagen. Nach 1½ Wochen Pause, in denen der Haushaltsausschuß den Etat zur Beratung im Plenum vorbereiten sollte, trat der Reichstag am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die zweite Lesung des Haushaltsplanes konnte jedoch heute noch nicht in Angriff genommen werden, weil die ganze Sitzung von den noch zu erledigenden kleinen Vorlagen in Anspruch genommen wurde.

Da war zunächst die sogenannte Kleine Justizreform, die u. a. die Berufungsgrenzen hinaufziehen und die Gebühren für die Rechtsanwältin in Armensachen herabsetzen wollte. In seltener Einmütigkeit wurde diese Vorlage der Regierung von allen Parteien ohne Ausnahme abgelehnt, obwohl sich der neue Justizminister Dr. Reubt die größte Mühe gab, das Gesetz wenigstens noch bis in die Ausschussberatung hineinzuwickeln.

Die allgemeine Gegnerchaft gegen diesen Entwurf war darauf zurückzuführen, daß niemand durch Erhöhung der Berufungsgrenzen dem Mittelstand und den kleinen Leuten den Weg zu ihrem Recht erschwerten wollte. Werft das Scheufal in die Wolfshaut! — so tönte es von allen Seiten. Der Reichsjustizminister war dabei nicht der einzige Leidtragende. Auch die Länderregierungen kamen in der Debatte nicht gut weg. Die Ermäßigung von Rechtsanwaltsgebühren für Armensachen war nämlich in die Vorlage eingefügt worden, weil die den Ländern daraus erwachsenden Lasten innerhalb der letzten Jahre fast auf das Doppelte gestiegen sind. Eine solche fiskalische Betrachtung lehnten alle Parteien des Reichstages ab. Sie verlangten eine großzügige organische Justizreform ohne Rücksicht auf die Kosten. So erhob sich denn bei der zweiten Lesung unter großer Heiterkeit des ganzen Hauses nicht ein einziger Abgeordneter für diesen Entwurf, der damit endgültig erledigt ist. Minister Reubt und sein Staatssekretär konnten nur mit einem resignierten Lächeln darüber quittieren.

Wehr Glück hatte der Reichsfinanzminister mit seinem Ermächtigungsgesetz. Dieses soll ihm das Recht geben, sobald die Entwicklung der Finanzlage und der Wirtschaftslage es gestatten, die verschiedenen Kapitalsteuern und besonders auch die Steuern für die sogenannten Investment-Trufts zu ermäßigen. Dadurch soll der notleidenden deutschen Wirtschaft die Beschaffung des nötigen Kapitals erleichtert werden. Investment-Trufts gibt es bisher in Deutschland überhaupt nicht, weil die Steuern bisher zu hoch waren. Wie der Minister ausführte, dienen aber diese Vereinigungen kleiner Kapitalisten gerade der Kreditbeschaffung für die kleine und mittlere Industrie, die des Kapitals besonders bedarf.

Abg. Keil (Soz.) bekämpfte das Gesetz, weil es seiner Meinung nach einseitig den Kapitalisten zugutekommen soll und weil es verfassungswidrig sei. Unter lebhaftem Hört! Hört! der anderen Parteien erwidert Minister Wolbenhauer, daß die alte Regierung, an der die Sozialdemokraten doch beteiligt waren, diesen Entwurf noch gebilligt hatte. Der Ausschuss wird sich nun mit diesem Ermächtigungsgesetz und auch mit dem Gesetz über die Liquidation der Bank für Industrieobligationen noch genauer zu beschäftigen haben.

Am heutigen Freitag beginnt das Haus die zweite Lesung des Etats und zwar mit den Haushalten des Reichspräsidenten, des Reichszanlers und des Justizministers.

Am Mittwoch, dem 28. Mai, wird der Reichstag in die Pfingstferien gehen. Der Haushaltsausschuß soll dann noch einige Tage zusammenbleiben, um die Etatberatung im Ausschuss abzuschließen. Am 16. Juni wird der Reichstag seine Verhandlungen wieder aufnehmen, um die Etatberatung bis Ende Juni zum Abschluß zu bringen. Außer dem Etat sind vor der Sommerpause an größeren Vorlagen noch das Osthilfeprogramm und die Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu erledigen.

In seiner Wohnung in der Preußenallee in Berlin-Westend hat der Stadtoberinspektor Borchert, gegen den ein Verfahren wegen Verletzung eines Selbstmordbuchs unternommen und sich eine schwere Schutzverletzung am Hinterkopf beigebracht. Borchert wird beschuldigt, bei Bestellung von Schulbüchern zwei Firmen bevorzugt und dafür große Provisionen erhalten zu haben.

Von ruhelosen Händen ist wieder ein Gotteshaus in Berlin, die Christuskirche in der Stresemannstraße, bebudelt worden. Das in einem kleinen Garten vor der Kirche stehende Gefallenendenkmal ist in früheren Jahren nicht weniger als neunmal in dieser Art geschändet worden.

Beendigung der Ratstagung

Nächste Tagung 5. September

Der Völkerverbund hat am Donnerstag in Genf die Session zu Ende geführt. Zum Bericht des Sicherheitsausschusses stellte Außenminister Curtius mit Bedauern fest, daß die Beratungsergebnisse des Sicherheitsausschusses unbefriedigend seien. Er richtete an die Regierungen einen dringenden Appell, ihr Möglichstes zu tun, damit man im September die vom Sicherheitsausschuß vorbereiteten Aufgaben beenden könne.

Von großer Interesse war eine Erklärung des britischen Außenministers über die lebhafte Anruhen in Kasafina und die darüber geführten Untersuchungen. Unter den Maßnahmen, die zur Verhinderung ähnlicher Ereignisse von der britischen Regierung ergriffen worden sind, zählte Henderson eine Verstärkung der Truppen und die Reorganisation der Polizei auf, sowie die Beauftragung besonderer Fachleute mit der Prüfung einer Neuregelung der Einwanderungs- und Ansiedlungsverhältnisse.

Der Völkerverbund entschied sich endgültig dafür, bis zur Fertigstellung des Völkerverbundpalastes, mit dessen Bau in den letzten Wochen begonnen worden ist, die Bundesversammlung nicht mehr im Reformationsaal, sondern im Genfer Bahngelände abzuhalten. Die notwendigen Kredite wurden bewilligt. Die nächste Ratstagung ist auf Freitag, den 5. September, einberufen, während die Völkerverbundversammlung am Mittwoch der darauffolgenden Woche zusammentreten soll.

Streit über die Anschlussfrage

„Lassen Sie eine Rade für uns, wir werden kommen!“ Der frühere österreichische Bundeskanzler Streitwitsch sprach am Dienstag auf Einladung des österreichischen Volksbundes vor einer Gruppe geladener Gäste in Frankfurt a. M. im Bürgeraal des Rathauses über Probleme des Ostens.

In einer längeren Einführung bekannte sich der Redner zu Österreich und zum Deutschösterreich und gab seiner Freude Ausdruck „nach Hause gekommen zu sein“. Es sei heute, so fügte er aus, ein unmöglicher Zustand, daß 5 Achtel der Deutschen im Vaterlande und 3 Achtel draußen in der Fremde wohnen. Der Zustand, der dem deutschen Osten von Ostpreußen und Schlesien bis nach Österreich gereiche und zerstücke, könne für die Zukunft unmöglich so bleiben. Der Schlüssel zum deutschen Aufstieg liege in Ostpreußen, Schlesien und Österreich.

Auf Österreich übergehend, sagte der Redner, 90 Proz. der Österreicher seien heute für den Anschluß an Deutschland, aber Österreich dürfe mit seinem Anschlußgedanken nicht falsch verstanden werden, denn es komme nicht hilflos, als Bettler zu Deutschland, sondern es komme als Heimkehrer, der den Anspruch habe, nach Hause zu kommen. Streitwitsch schloß seine Ausführungen unter dem jubelnden Beifall der Versammlung mit den Abschiedsworten der österreichischen Delegierten zur Frankfurter Nationalversammlung von 1848: „Lassen Sie eine Rade für uns, daß wir immer hinein können. Wir werden kommen, leider nicht mehr alle. Wie und wann, wann kann es sagen, aber kommen werden wir.“

Gesetzentwurf zur Arbeitslosenreform

Dem „B. L.“ zufolge wird das Reichsarbeitsministerium, nachdem der Vorstand der Reichsanstalt für die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung seine Vorbereitungen abgeschlossen hat, in etwa 14 Tagen einen Gesetzentwurf über die Reform der Arbeitslosenversicherung dem Reichstag und Reichsrat vorlegen.

In der Zentrumsfraktion des Reichstags wurde am Donnerstag die Frage ausführlich besprochen. Man war sich allgemein darüber einig, daß zur Hebung der Not der Arbeitslosen und der Arbeitslosigkeit sofort besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Welche Wege man einschlagen soll, darüber will man noch des näheren beraten; aber es kam schon zum Ausdruck, daß der Weg über ein Notfortprogramm beschritten werden müßte. Im Zusammenhang hiermit wurde die Anregung gegeben, daß der Reichstag vorangehen sollte, und zwar dadurch, daß die Reichstagsabgeordneten auf einen Teil ihrer Diäten zugunsten eines Fonds zur Linderung der Not der Arbeitslosen verzichten. Darüber hinaus wurde auch die Wiedererrichtung des Notopfers der Arbeitslosen besprochen. Vor allem wurde dafür eingetreten, daß man den Baunarkt beleben müsse.

Besserung der Lage in Indien

Mißglückte Aktion der Dichterin Naidu

BRN. Simla, 16. Mai (Tel.). Den letzten Nachrichten zufolge hat sich die Lage an der Grenze beträchtlich gebessert. In Keshwar herrscht völlige Ruhe. Nur gegen mehrere Grenzübertritte wird vorgegangen und eine Anzahl Aufseher, darunter Führer der verbotenen bolschewistischen Organisation der „Rothhämde“, sind verhaftet worden.

BRN. Dharajana, 16. Mai (Tel.). Frau Naidu und ihre Freiwilligen sahen gestern, nachdem sie von der Polizei am Weitermarsch gehindert worden waren, den ganzen Tag über am Wege, ohne zu essen und zu trinken. Mehrere Frauen, die den Freiwilligen Wasser anbieten wollten, wurden von der Polizei daran gehindert. Die Polizei vertritt den Standpunkt, daß die Freiwilligen nur außerhalb der Sperre Wasser trinken dürfen, was von den Freiwilligen abgelehnt wird. Die Umzingelten verbringen ihre Zeit mit Spinnen und mit Geplauder. Das Schauspiel hat viele Neugierige angezogen. Die nächste Abteilung Freiwilliger wird heute erwartet.

100 Anhänger Gandhis, die nach Shiroba wanderten, um in die dortige Salzniederlage einzudringen, sind verhaftet worden. Das Mitteilungsblatt des Kongresses von Bombay, das gestern verboten worden war, erschien heute früh trotz des Verbotes. Die Zeitungsvorkäufer, die das Blatt feilboten, wurden verhaftet.

Fehlschlag in der Tuberkulosebekämpfung

In Lübeck hatte die Medizinische Behörde beschlossen, das bekannte Verfahren von Dr. Calmette einzuführen. Dieses Verfahren besteht darin, daß neugeborenen Kindern möglichst in den ersten zehn Tagen nach der Geburt durch die Ernährung Kindertuberkel zugeführt werden, die dann im Körper einen ähnlichen Schutzstoff entwickeln sollen wie bei der Rodentimpfung. Dieses Verfahren soll sich nicht nur in Frankreich selbst, sondern auch in anderen Kulturländern Europas bewährt haben. Von den 246 in Lübeck auf diese Weise injizierten Kindern sind aber bis jetzt bereits 9 an Tuberkulose gestorben, während bei weiteren 25 sich tuberkulöse Krankheitserscheinungen zeigen, die in dem Lübecker Kinderspital beobachtet werden. Die Kindertuberkulose Dr. Calmettes sind direkt aus dem Kaiserlichen Institut in Paris bezogen worden. — Das Reichsgesundheitsamt hat Prof. Dr. Lange von der Tuberkuloseabteilung beauftragt, die wissenschaftlichen Feststellungen in Lübeck zu treffen, damit alsbald die rätselhafte Angelegenheit einwandfrei geklärt werden kann. Die erkrankten Kinder säuhen in Lebensgefahr.

Badischer Teil

Annahme der Straßengesetze im Landtag

(63. Sitzung)

23. Karlsruhe, 15. Mai 1930.

In der ammittags fortgesetzt.

Ausprache über das Straßengesetz

vertritt Abg. Dr. Reers den Standpunkt der Demokraten. Er ist der Ansicht, daß die Gemeinden nicht genügend gehört worden sind. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Straßengesetze zu sehr vom Oberleitungsstandpunkt behandelt worden sei. Es handle sich doch um eine Gemeinschaftsaufgabe, in deren Lösung sich seit langem Staat, Kreise und Gemeinden teilten. Der Begriff Landstraße sei überholt durch die Verkehrsverhältnisse. Es ließe sich durch Gesetz oder Verordnung sehr wohl festlegen, welche Straßen eigentlich dem Fernverkehr dienen. Man müßte von den bisherigen unbilligen Schema abkommen. Würde man den Kreisen und Gemeinden etwas von der Kraftfahrzeugsteuer geben, so bestände die Gefahr, daß das Tempo der Aufnahme in den Landstraßenverband verlangsamte wird. Gewiß bringe die Vorlage eine Verbesserung für die Gemeinden. Weniger gut sei für die Kreisstraßen gesorgt. Hier könnte man aus den Mitteln der Kraftfahrzeugsteuer helfen. Die Demokraten werden sich hinsichtlich des Straßengesetzes der Stimme enthalten.

Mit der Vertreibung der Gemeinden zur Zahlung von Rückständen möge die Regierung recht vorichtig sein. § 11 Absatz 4 des Straßengesetzes sieht die unentgeltliche Mitwirkung der technischen Staatsbehörden und ihres Personals bei der Leitung und Beaufsichtigung der Bau- und Unterhaltungsarbeiten an den Kreisstraßen vor. Diese Bestimmung möge die Regierung zugunsten der Kreise weitestgehend auslegen. Der Redner empfiehlt eine entsprechende Entschärfung. Das Pflastergesetz beruhe noch auf einem Rest von Unsicherheit. Das Gefühl, die volle Verantwortung für die jetzige Regelung nicht übernehmen zu können, hatte die liberale Arbeitsgemeinschaft veranlaßt, einen Antrag auf Befristung der Wirksamkeit des Straßengesetzes bis zum 31. März 1932 zu stellen.

Abg. Böning (Rom.) begründet weitgehende Abänderungsanträge. Die Lebensdauer der Pflasterdecks sei bei dem zunehmenden Autovekehr viel zu hoch gegriffen.

Abg. Dr. Schmittknecht (D. Nat.) lehnt das Straßengesetz mit großer Schärfe ab. Es müßte eine neue Klassifizierung der Straßen eritreten, eine neue Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer stattfinden und eine andere Behandlung der Gemeinden Platz greifen. Man sollte nicht auf den Finanzausgleich verzichten, bezüglich dessen er, der Redner, sehr pessimistisch gestimmt sei.

Abg. Dr. Walder (D. Sp.) unterstreicht für seine Fraktion die Darlegungen des demokratischen Redners. Die Städteorganisation sei sehr spät an den Ausschuss herangetreten. Die Materien seien durch die vorliegenden Gesetzentwürfe nicht abschließend geregelt. Immerhin sei ein, wenn auch geringer Fortschritt festzustellen, so daß er persönlich zustimme, während sich seine Freunde der Stimme enthalten.

Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmitt

gibt dem Abg. Dr. Schmittknecht darin recht, daß beide Vorlagen im engsten Zusammenhang mit unserem Budget und letzten Endes auch mit der Reparationspolitik stehen. Wir müssen uns an die realen Verhältnisse halten. Gerne würden wir allen Wünschen nachgeben. Wie soll aber der Ausfall der Staatskasse gedeckt werden? Der Budgetausgleich ist das Wichtigste. Weichen wir von diesem Wege ab, und vermehren wir die schwebende Schuld von 40 Millionen, so setzen wir die Existenz des Staates aufs Spiel. Der Minister legt die Vorlage dar, die beide Vorlagen den Städten und Gemeinden bringen. Die Städte sollen frei verfügen über die örtlichen Straßen. Sie haben finanziell einzustehen für die erstmaligen Großaufwendungen. Die Gesetzentwürfe beruhen auf durchsichtigen objektiven Berechnungsgrundlagen. Auch der Flächen-schlüssel bedeute ein Entgegenkommen für die Städte.

Mit Parlamentarismus habe die zeitliche Begrenzung von Gesetzen nichts zu tun. Es sei aber eine Vereinfachung des Parlamentarismus, wenn Gesetze unverändert weiter laufen. Gleichwohl sei auch er, der Minister, der Meinung, daß dieses Gesetz nicht der Weisheit letzter Schluß sei. Von einer Vertragsverletzung gegenüber den Städten könne in keinem Falle die Rede sein.

Den vom Haushaltsausschuss ausgehenden Gedanken, zwischen Freiburg und den anderen Städten keinen Unterschied zu machen, hält der Minister für richtig. Die Denkschrift der Städteopposition weise manche Unrichtigkeiten auf. Die Einmütigkeit und gründliche Prüfung im Ausschuss werde hoffentlich zu einer Beruhigung der Städte beitragen. Dem Abg. Schmittknecht bemerkt der Redner, man dürfe der Regierung nicht zumuten, Hoffnungen zu erwecken, die sie nicht erfüllen kann. Niemand wisse, wie sich die Dinge mit der Kraftfahrzeugsteuer vom Reiche aus in Zukunft gestalten werden. Das Ideal wäre, möglichst viel Kreisstraßen in den Landstraßenverband aufzunehmen. Aber auch hier wäre es verfehlt, Versprechungen zu machen. Die Übernahme in den Landstraßenverband hänge nicht von dem guten oder schlechten Zustande der Straßen ab, sondern von der Größe des Verkehrs. Baden stehe in bezug auf die Zahl der übernommenen Straßen an der Spitze aller Länder.

Der wesentliche Fortschritt des Gesetzes liege darin, daß die Gemeinden endlich loskommen vom staatlichen Unterhaltungs-aufwande mit seinen dauernden Schwankungen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen stellt der Minister fest, daß sich die Straßen in Baden in einem erträglichen Zustande befinden und keineswegs schlechter seien, als in den anderen deutschen Ländern. Der Umfang der Straßenperren in Baden sei gering. Die badische Straßenbauverwaltung sei bemüht, mit den vorhandenen Mitteln sparsam zu wirtschaften und dabei das Beste zu leisten. Der Staatspräsident schließt unter Beifall der Regierungsparteien mit Dankworten an die Beamten der Verwaltung und deren Chef, Ministerialdirektor Dr. Fuchs.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung der Abg. Rüdert (Soz.) und Böning (Rom.) wird die Debatte geschlossen. Berichterstatter und Antragsteller verzichten auf das Schlusswort. Es folgt

die Abstimmung.

Das Straßengesetz wird mit 41 Stimmen der Regierungsparteien und des volksparteilichen Abg. Dr. Walder in erster und zweiter Lesung angenommen. 7 Abgeordnete der Liberalen Arbeitsgemeinschaft enthielten sich der Stimme, während 13 Abgeordnete der übrigen Opposition mit Nein stimmten.

Mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit wird ferner die Dringlichkeitsklärung des Gesetzes beschlossen.

Das Pflastergesetz findet in beiden Lesungen mit großer Mehrheit gleichfalls Annahme.

Auch dieses Gesetz wird mit Zweidrittelmehrheit für dringlich erklärt. Angenommen werden außerdem alle im Bericht erwähnten Entschärfungen. Die vorliegenden Anträge werden für erledigt erklärt, die zahlreichen Gesuche der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Das Haus nimmt nach dem Bericht des Abg. Dr. Walder (D. Sp.) über den nationalsozialistischen Antrag betr. die Zustände am Schlusstermin, entgegen.

Der Antrag wird auf Empfehlung des Ausschusses als durch die früheren Erklärungen der Regierung erledigt erklärt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nachdem Plenarsitzung Dienstag, den 20. Mai, vorm. 9 Uhr. Schluß 1/8 Uhr.

Die Tagesordnung der 64. Sitzung des Badischen Landtags am kommenden Dienstag, den 20. Mai, vormittags 9 Uhr, enthält folgende Punkte:

I. Bekanntgabe der Eingänge. II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über 1. die Rechnungsnachweisungen für die Rechnungsjahre 1927 und 1928. Berichterstatter Abg. Seubert; 2. Gesetzentwurf über die Beteiligung an Kalkgewerkschaften in Baden, Berichterstatter Abg. Rüdert.

Wie man hört, wird der Landtag voraussichtlich am Donnerstag, dem 5. Juni, geschlossen werden. Im Herbst soll eine neue Session beginnen.

Ein Antrag zum Milchzoll

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Die plötzlich erfolgte Zollerhebung auf Schweizer Milch hat entlang der badisch-schweizerischen Grenze allgemeine Beunruhigung ausgelöst. Diese ganz unerwartete Zoll-maßnahme ist geeignet, die freundschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz zu stören und Gegen-maßnahmen auszulösen, die sich auch zum Teil gegen unsere Arbeiter als Grenzgänger richten dürften. Infolge dieser Sachlage stellen wir den Antrag, die badische Regierung wolle alsbald in Berlin vorstellig werden im Sinne der Wiederherstellung des langjährigen und gegenseitig befriedigenden Zustandes.“

Der Dank des Finanzministers

Letzten Mittwoch vereinigten sich die Beamten und Angehörigen des Finanzministeriums und Vertreter anderer Behörden zu einem gemütlichen Abend in den Räumen des Staatsministeriums. Staatspräsident Dr. Schmitt hatte dazu eingeladen, um seinen Mitarbeitern, die ihn bei Aufstellung des diesjährigen Staatsvoranschlags so tatkräftig unterstützt haben, zu danken. Er würdigte in einer Ansprache die Leistungen seiner Beamten und knüpfte daran den Wunsch, die Beamten mögen ihn auch weiterhin in bewährter Pflichterfüllung unterstützen, denn es gelte noch große und schwere Arbeit zu leisten. Landtagspräsident Duffner äußerte sich in höchst anerkennender Weise über den guten traditionellen Geist der Beamtenchaft. Ministerialrat Naumann brachte den Dank der Beamten für die Einladung des Staatspräsidenten zum Ausdruck.

Der Fremdenverkehr in Baden im Monat April

Der Fremdenverkehr des Monats April stand unter dem Einfluß der Osterferien. Insbesondere die klimatisch bevorzugten Kur- und Fremdenplätze wie Baden-Baden, Badenweiler, Freiburg, Heidelberg hatten eine wesentliche Steigerung ihrer Fremdenziffern zu verzeichnen. Geringer hatte der hohe Schwarzwald immer noch stark unter der Langeweile der kalten, unfreundlichen Witterung zu leiden. Im ganzen fand im Laufe des vergangenen Monats nach den vorläufigen Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts in rund 250 badischen Fremdenverkehrsarten gegenüber dem Vormonat immerhin über 25 800 Fremde mehr, nämlich 91 007 Fremde eingetroffen; hieron treffen etwas weniger wie ein Zehntel (8061) auf die Ausländer. Der Ausländerverkehr hat sich hiernach im Vergleich zum März verdoppelt.

Die Mehrzahl der unser Land besuchenden ausländischen Fremden stammt aus der Schweiz (2492, dagegen im März 1094). An zweiter Stelle steht England mit 1314 Fremden, deren Zahl sich gegenüber dem März (837) nahezu verdreifacht hat. Es folgen die Vereinigten Staaten von Amerika (945), Holland (657), Österreich (537) und Frankreich (491). Auf das übrige Ausland kommen insgesamt 2525 Fremde.

Die Aufenthaltsdauer der Fremden konnte, da einige Städte bis zum Meldetermin ins einzelne gehende Übernachtungszahlen nicht zu liefern vermochten, leider nicht erschöpfend ermittelt werden. Immerhin sind im ganzen 198 517 Übernachtungen festgestellt worden (im März 176 157), wovon auf Deutsche rund 180 000 entfallen. Von den Ausländern stehen hinsichtlich der Aufenthaltsdauer in gleicher Weise wie bei der Ankunftszeit die Schweizer mit 2470 Übernachtungen an der Spitze; es folgen Amerikaner, Holländer, Österreicher und Franzosen.

Ein Reichsbahnstrecke für Baden

Mit Inkrafttreten des Youngplans scheiden — wie aus Berlin gemeldet wird — aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die vier ausländischen Mitglieder aus. Damit rückt die Frage der Ergänzung der Verwaltungsratsmitglieder aus deutschen Persönlichkeiten in den Vordergrund. Es ist damit zu rechnen, daß noch Ende Mai die neuen Mitglieder ernannt werden.

Seit Jahren führen verschiedene deutsche Länder einen lebhafte Kampf um eine Einflußnahme auf die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, so Baden und Sachsen. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, weitere Vertreter der deutschen Länder in den Verwaltungsrat einzubeziehen. Es ist ein grundsätzliches Übereinkommen in der Richtung zustande gekommen, daß an Stelle der Ausländer zunächst je ein Vertreter von Baden und von Sachsen in den Verwaltungsrat aufgenommen werden sollen. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

Weiter will man einen wissenschaftlichen Eisenbahnsachverständigen ernennen, der die in sein Gebiet fallenden Eisenbahnfragen zu behandeln hätte. Aber die Befegung des vierten Sitzes ist noch nicht entschieden.

Ein neues Kraftwerk in Baden

Wie die „Bad. Presse“ aus Berlin meldet, ist unter der Bezeichnung „Kraftwerk Redingen AG.“ eine Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Redingen (Baden) und einem Anfangskapital von 2 Millionen Reichsmark gegründet worden, die den Bau und den Betrieb eines Kraftwerkes am Oberrhein in der Nähe von Waldshut zur Aufgabe hat. Man rechnet mit einer jährlichen Kraftleistung von zirka 210 Millionen Kilowatt. Die Baukosten werden auf 20 Millionen Reichsmark veranschlagt. An der AG. sind die Metallgesellschaft Frankfurt a. M., die chemischen Fabriken in Waldshut, die Longa-Werke, der Schweizerische Bankverein und die Bankfirma Hinger & Co. in Basel beteiligt. Zur weiteren Finanzierung ist die Erhöhung des Aktienkapitals auf 10 Millionen Reichsmark und die Ausgabe von Obligationen vorgesehen. Mit dem Bau des neuen Kraftwerkes soll schon in der nächsten Zeit begonnen werden.

Hochwasser in Baden

Der Rhein

Der Pegelstand in Maxau (Karlsruhe) betrug heute, Freitag, vormittags 8 Uhr 6,75 Meter gegen 6,40 Meter gestern vormittags. Der Wasserpegel steigt langsam weiter, doch wird bald mit einem Stillstand gerechnet. Das Vorland ist nur zu einem geringen Teil überflutet. Ferner steht der Dof der Wirtschaft von Melcher unter Wasser. Auf das Karlsruher Hafengebiet hatte der hohe Wasserstand des Rheins bisher keinen Einfluß. Die Schifffahrt ist nicht unterbrochen.

Aus Mannheim wird berichtet, daß das Hochwasser von Rhein und Neckar ständig im Steigen begriffen ist. Vom Waldpark und Neckarauer Wald sind bereits weite Gebiete überschwemmt. Das Hochwasser des Neckars steht an den beiden Schutzdämmen. Beide Flüsse haben eine doppelte bis dreifache Breite wie normal. Am rechtsseitigen Neckarvorland werden die ausgeladenen Bausteine und Sandmassen schleunigst abgefahren, die Ausladevorrichtungen mit Kranen an den Schutzdamm zurückgezogen.

Aus Rehl wird gemeldet: Rhein und Kinzig sowie die Schutter führen Hochwasser. Ihr Wasser ist braungelb und führt allerhand Gegenstände mit sich. Die Kinzig zeigte am Donnerstag einen Wasserstand von 3,78 Meter. Das Wasser hat das ganze Vorgelände überflutet und reicht bis zum Damm. Auch die anstehenden Kellern sind bereits Druckwasser aufgetreten. Der Schaden ist sehr groß. Das Heugras, das so schön stand, wird durch das Wasser und den Schlamm verdorben, so daß es als Futtergras nicht mehr in Betracht kommt. Auch für die Felder, Frucht, Kartoffeln usw., wird das Wasser unangenehme Folgen haben.

Die Lage in Südbaden

Das Hochwasser im Elstal hat sich weiter verlaufen. Die Schäden sind außerordentlich hoch, und immer deutlicher treten die Verwüstungen hervor. Am schlimmsten hat das Innere in Gutach und in Niederwinden gehauert. Aber auch Elzach, Meibach und Kollnau und die unterhalb von Waldkirch gelegenen Orte Buchholz und Sexau haben außerordentlichen Schaden erlitten. Bei Buchholz hat die Elz ein neues Bett sich gegraben, doch ist sie nunmehr wieder in ihr altes Bett zurückgekehrt. Wiesen und Felder bilden einen Morast, so daß sie für die nächste Zeit nicht bearbeitet werden können. Die Überschwemmungskatastrophe im Elstal des Jahres 1930 reißt sich denen von 1882 und 1896 an. Mit besonderer Verurteilung ist von der Bevölkerung begrüßt worden, daß der Landtagspräsident vom Innenminister Hilfe für die Hochwassererschädigten angefordert hat.

Auch die Wiese ist, wie aus Lössen gemeldet wird, durch die sehr starken Niederschläge der letzten Tage hoch angeschwollen und teilweise über die Ufer getreten. Bei Gaggen wurde von den reißenden gelben Fluten ein großer Verschlag der Stauvorrichtung fortgerissen und zu Tal getragen. Bei Tumringen blieb der Verschlag an einem Brückenpfeiler hängen und verstopfte den Wasserablauf, so daß hier die Wiese über die Ufer trat und den Fußballplatz unter Wasser stellte. Auch im oberen Wiesental sind große Wasserschäden entstanden.

Forderung einer Hauptstrecke Bellingen—Nottwil. Auf Grund der großen Bedeutung des Wirtschaftsgebietes und des steigenden Verkehrs wurde in einer von der Nottweiler Handelskammer in Schwenningen einberufenen Versammlung der Wunsch, auf Umwandlung der Nebenbahn Bellingen—Schwenningen—Nottwil in eine Hauptstrecke laut. Die Umwandlung der Strecke in eine Hauptbahn, würde rund 50 000 RM Kosten verursachen. Dazu kämen noch 15 000 RM für den Bau eines Ausweichgleises auf der Station Warbach bei Bellingen. Bei der Reichsbahndirektion Stuttgart sollen die entsprechenden Schritte unternommen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Der Giftmordprozess Werner

Die Gutachten

Im weiteren Verlauf des vierten Verhandlungstages, des Donnerstags, erstatteten die Sachverständigen ihre Gutachten. Prof. Gronow von der Technischen Hochschule Karlsruhe entnahm nach der Exhumierung Leichenteile, deren chemische Untersuchung das Vorhandensein keiner organischen Gifte ergab, wohl wurde aber Arsen einwandfrei festgestellt. Im Magen wurde erheblich mehr Arsen gefunden als in den anderen Organen. Minimale Spuren von Arsen wurden außerdem in einem Nachtgeschirr festgestellt, das in der Wohnung Werners beschlagnahmt wurde. Das Schlussgutachten schließt: In der Leiche ist Arsen in unverhältnismäßig großer Quantität gefunden worden. Prof. Dr. Schwarzer (Heidelberg) erläuterte zunächst den Unterschied von Arsen und Arsenit. Die tödliche Menge beträgt 0,1—0,3 Gramm. Wichtig ist die Frage, ob das Gift selbst genommen oder von fremder Hand gereicht wurde. Aus den relativ geringen gefundenen Mengen schließt der Gutachter das letztere. Er nennt sodann die Silberprüfung, die Frau Eisenlohr vom Krankheitsverlauf gegeben hat, so treffend, daß kein Zweifel möglich ist.

Obermedizinalrat Schmeller (Karlsruhe) äußert sich über den Geisteszustand der Angeklagten. Beide sind in vollem Umfang zurechnungsfähig und verantwortlich. Werner ist ein Fassadenmensch. Zur Frage der Sexualmoralität führt der Sachverständige aus, daß wohl eine tiefe Verbindung und Beziehung zwischen Werner und der Märkle bestand, aber keine gegenseitige Abhängigkeit oder gar eine völlige Willenslosigkeit Werners der Märkle gegenüber. Zum Verhalten der Frau Werner während ihrer Krankheit äußert der Sachverständige, daß es jeden Selbstmordversuch ausschließt. Frau Märkle steht in ihrer Begabung zweifellos über dem Durchschnitt ihres Wirkungskreises, ist lässig und schwachhaft, in ihrem erotischen Verkehre maßlos und fast jedem zugänglich. Daß sie unter dem suggestiven Einfluß von Werner stand, scheint nicht ausgeschlossen.

Der Rest der Sitzung wird durch Verlesung verschiedener Briefe der Angeklagten ausgefüllt, die sie während der Untersuchungshaft an ihre Verwandten geschrieben.

Die Weiterbehandlung wurde auf Samstag früh vertagt. An diesem Tag abends wird auch der Urteilspruch erwartet.

Karlsruhe ehrt amerikanische Bürger im Straßennamen. Aus Anlaß des „Badener Heimtages Karlsruhe 1930“ (11. bis 14. Juli) beabsichtigt die badische Landeshauptstadt Karlsruhe zwei große Männer Amerikas deutscher Abstammung in besonderer Weise zu ehren. Sie wird nach dem General Friedrich Wilhelm von Steuben (Generalstabschef Washingtons 1730—1794) und dem Politiker Karl Schurz, dem geistigen Führer der Deutschamerikaner (1829—1906) zwei neue Straßen benennen. Im Jahre 1930 wird in Amerika gleichzeitig der 200. Geburtstag Steubens gefeiert. Zum Welttreffen der Badener werden bekanntlich zahlreiche amerikanische Besucher erwartet.

